

The University of Maine

DigitalCommons@UMaine

---

Maine POW Collection

Special Collections

---

1-1946

## PW Post, Special Edition, January 1946

Camp Houlton

Follow this and additional works at: <https://digitalcommons.library.umaine.edu/pow>

---

This Newsletter is brought to you for free and open access by DigitalCommons@UMaine. It has been accepted for inclusion in Maine POW Collection by an authorized administrator of DigitalCommons@UMaine. For more information, please contact [um.library.technical.services@maine.edu](mailto:um.library.technical.services@maine.edu).

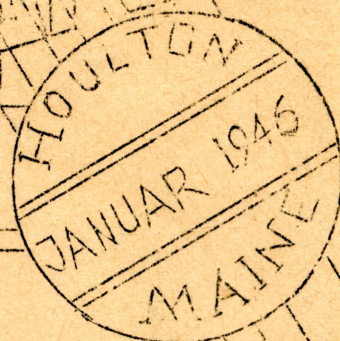


365.45  
UN 3

UNIVERSITY OF MAINE LIBRARY  
ORONO, MAINE

STATE OF MAINE  
COLLECTION

SONDERAUSGABE



KRIEGSGEFANGENEN-LAGERZEITUNG



DIE  
VERFASSUNG  
DES  
DEUTSCHEN REICHES  
VOM 11. AUGUST 1919



SCHMERZT DICH IN TIEFER BRUST,  
DAS HARTE WORT  
DU MUSST,  
SO MACHT DICH EINS NUR STILL,  
DAS STOLZE WORT  
ICH WILL.

---



DIE VERFASSUNG DES DEUTSCHEN REICHES  
VOM 11. AUGUST 1919

" DAS DEUTSCHE VOLK, EINIG IN SEINEN STÄMMEN UND VON DEM WILLEN BESEELT, SEIN REICH IN FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT ZU ERNEUEN UND ZU FESTIGEN, DEM INNEREN UND DEM ÄUSSEREN FRIEDEN ZU DIENEN UND DEN GESELLSCHAFTLICHEN FORTSCHRITT ZU FÖRDERN, HAT SICH DIESE VERFASSUNG GEBEN. "

Erster Hauptteil: Aufbau und Aufgaben des Reiches.

Erster Abschnitt: Reich und Länder

Art. 1. Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Art. 2. Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Art. 3. Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiss-rot mit den Reichsfarben in der inneren oberen Ecke.

Art. 4. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.

Art. 5. Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassung ausgeübt.

Art. 6. Das Reich hat die ausschliessliche Gesetzgebung ueber:  
1. die Beziehungen zum Ausland; 2. das Kolonialwesen; 3. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung; 4. die Wehrverfassung; 5. das Münzwesen; 6. das Zollwesen sowie die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets und die Freizügigkeit des Warenverkehrs; 7. das Post- und Telegraphenwesen einschliesslich des Fernsprechwesens.

Art. 7. Das Reich hat die Gesetzgebung ueber: 1. das bürgerliche Recht; 2. das Strafrecht; 3. das gerichtliche Verfahren einschliesslich des Strafvollzugs sowie die Amtshilfe zwischen Behörden; 4. das Passwesen und die Fremdenpolizei; 5. das Armenwesen und die Wanderfuersorge; 6. das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen; 7. die Bevölkerungspolitik, die Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfuersorge; 8. das Gesundheitswesen, das Veterinärwesen und den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge; 9. das Arbeitsrecht, die Versicherung und den Schutz der Arbeiter und Angestellten sowie den Arbeitsnachweis; 10. die Einrichtung beruflicher Vertretungen fuer das Reichsgebiet; 11. die Fuersorge fuer Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen; 12. das Enteignungsrecht; 13. die Vergesellschaftung von Naturschaetzen und wirtschaftlichen Unternehmungen sowie die Erzeugung, Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung wirtschaftlicher Gueter fuer die Gemeinwirtschaft; 14. den Handel, das Mass- und Gewichtswesen, die Ausgabe von Papiergeld, das Bankwesen sowie das Börsenwesen; 15. den Verkehr mit Nahrung und Genussmitteln sowie mit Gegenständen des täglichen Bedarfs; 16. das Gewerbe und den Bergbau; 17. das Versicherungswesen;



18. die Seeschifffahrt, die Hochsee- und die Kuestenfischerei; 19. die Eisenbahnen, die Binnenschifffahrt, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie den Bau von Landstrassen, soweit es sich um den allgemeinen Verkehr und die Landesverteidigung handelt; 20. das Theater- und Lichtspielwesen.

Art. 8.

Das Reich hat ferner die Gesetzgebung ueber die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise fuer seine Zwecke in Anspruch genommen werden. Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Laendern zustand so hat es auf die Erhaltung und Lebensfaehigkeit der Laender Ruicksicht zu nehmen.

Art. 9.

Soweit ein Beduerfniss fuer den Erlass einheitlicher Vorschriften vorhanden ist, hat das Reich die Gesetzgebung ueber:

1. die Wohlfahrtspflege; 2. den Schutz der oeffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Art. 10.

Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsaeetze aufstellen fuer: 1. die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften; 2. das Schulwesen einschliesslich des Hochschulwesens und des wissenschaftliche Buchereiwesen; 3. das Recht der Beamten aller oeffentlichen Koerperschaften; 4. das Bodenrecht, die Bodenverteilung, das Ansiedlungs- und Heimstaettenwesen, die Bindung des Grundbesitzes, das Wohnungswesen und die Bevoelkerungsverteilung; 5. das Bestattungswesen.

Art. 11.

Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsaeetze ueber die Zulaessigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben aufstellen, soweit sie erforderlich sind, um 1. die Schaedigung der Einnahmen oder der Handelsbeziehungen des Reichs, 2. Doppelbesteuerungen, 3. uebermaessige oder verkehrshindernde Belastung der Benutzung oeffentlicher Verkehrswege und Einrichtungen mit Gebuehren, 4. steuerliche Benachteiligungen eingefuehrter Waren gegenueber den eigenen Erzeugnissen im Verkehre zwischen den einzelnen Laendern und Landesteilen oder 5. Ausfuhrpraemien auszuschliessen oder wichtige Gesellschaftsinteressen zu wahren.

Art. 12.

Solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht, behalten die Laender das Recht der Gesetzgebung. Dies gilt nicht fuer die ausschliessliche Gesetzgebung des Reichs.

Gegen Landesgesetze, die sich auf Gegenstaende des Artikels 7 Ziffer 13 beziehen, steht der Reichsregierung, sofern dadurch das Wohl der Gesamtheit im Reiche beruehrt wird, ein Einspruchsrecht zu.

Art. 13.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

Beseitigen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darueber, ob eine landesrechtliche Vorschrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist, so kann die zustoendige Reichs- oder Landeszentralbehoerde nach nacherer Vorschrift eines Reichsgesetzes die Entscheidung eines obersten Gerichtshofes des Reichs anrufen.

Art. 14.

Die Reichsgesetze werden durch die Landesbehoerden ausgefuehrt soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen.

Art. 15.

Die Reichsregierung uebt die Aufsicht in den Angelegenheiten



aus, in denen dem Reiche das Recht der Gesetzgebung zusteht. Soweit die Reichsgesetze von den Landesbehörden auszuführen sind, kann die Reichsregierung allgemeine Anweisungen erlassen. Sie ist ermächtigt, zur Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze zu den Landeszentralbehörden und mit ihrer Zustimmung zu den unteren Behörden Beauftragte zu entsenden. Die Landesregierungen sind verpflichtet, auf Ersuchen der Reichsregierung Mängel, die bei der Ausführung der Reichsgesetze hervorgetreten sind, zu beseitigen. Bei Meinungsverschiedenheiten kann sowohl die Reichsregierung als die Landesregierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen, soweit nicht durch Reichsgesetz ein anderes Gericht bestimmt ist.

Art. 16.

Die mit der unmittelbaren Reichsverwaltung in den Ländern be-  
trauten Beamten sollen in der Regel Landesangehörige sein. Die  
Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsverwaltung sind  
auf ihren Wunsch in ihren Heimatgebieten zu verwenden, soweit  
dies möglich ist und nicht Rücksichten auf ihre Ausbildung  
oder Erfordernisse des Dienstes entgegenstehen.

Art. 17.

Jedes Land muss eine freistaatliche Verfassung haben.  
Die Volksvertretung muss in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer  
und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen  
nach den Grundsätzen der Verhältnisswahl gewählt werden. Die  
Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung.

Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch  
für die Gemeindewahlen. Jedoch kann durch Landesgesetz die  
Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthaltes in der Gemeinde  
bis zu einem Jahre abhängig gemacht werden.

Art. 18.

Die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster  
Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der  
wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes  
dienen. Die Änderung des Gebiets von Ländern und die Neu-  
bildung von Ländern innerhalb des Reichs erfolgen durch ver-  
fassungsgesetzliches Reichsgesetz.

Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es  
nur eines einfachen Reichsgesetzes.

Ein einfaches Reichsgesetz genügt ferner, wenn eines der betei-  
ligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubil-  
dung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und  
ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt.

Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen.  
Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel  
der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden  
Gebiets es verlangt.

Zum Beschluss einer Gebietsänderung oder Neubildung sind drei  
Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmen-  
mehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Auch wenn es sich  
nur um Abtrennung eines Teiles eines preussischen Regierungsbe-  
zirkes, eines bayrischen Kreises oder in anderen Ländern  
eines entsprechenden Verwaltungsbezirkes handelt, ist der Wille  
der Bevölkerung des ganzen in Betracht kommenden Bezirkes



festzustellen. Wenn ein räumlicher Zusammenhang des abzutrennenden Gebiets mit dem Gesamtbezirk nicht besteht, kann auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Wille der Bevoelkerung des abzutrennenden Gebietes als ausreichend erklärt werden.

Nach Feststellung der Zustimmung der Bevoelkerung hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlussfassung vorzulegen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit ueber die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierueber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof fuer das Deutsche Reich.

Art. 19. Ueber Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes, in dem kein Gericht zu ihrer Erledigung besteht, sowie ueber Streitigkeiten nicht-privatrechtlicher Art zwischen verschiedenen Laendern oder zwischen dem Reiche und einem Lande entscheidet auf Antrag eines der streitenden Teile der Staatsgerichtshof fuer das Deutsche Reich, soweit nicht ein anderer Gerichtshof des Reichs zuständig ist.

Der Reichspraesident vollstreckt das Urteil des Staatsgerichtshofes;

#### Zweiter Abschnitt: Der Reichstag.

Art. 20. Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.

Art. 21. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Auftraege nicht gebunden.

Art. 22. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den ueber 20 Jahre alten Maennern und Frauen nach den Grundsuetzen der Verhaeltniswahl gewaehlt. Der Wahltag muss ein Sonntag oder oeffentlicher Ruhetag sein.

Das Naechere bestimmt das Reichswahlgesetz.

Art. 23. Der Reichstag wird auf vier Jahre gewaehlt. Spaetestens am sechszigsten Tage nach ihrem Ablauf muss die Neuwahl stattfinden.

Der Reichstag tritt zum ersten Mal spaetestens am dreissigsten Tage nach der Wahl zusammen.

Art. 24. Der Reichstag tritt in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitz der Reichsregierung zusammen. Der Praesident des Reichstags muss ihn frueher berufen, wenn es der Reichspraesident oder mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangt.

Der Reichstag bestimmt den Schluss der Tagung und den Tag der Wiederzusammentritts.

Art. 25. Der Reichspraesident kann den Reichstag aufloesen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlass. Die Neuwahl findet spaetestens am sechzigsten Tage nach der Aufloesung statt.



Art. 26. Der Reichstag wahlt seinen Praesidenten, dessen Stellvertreter und seine Schriftfuehrer. Er gibt sich seine Geschaeftsordnung.

Art. 27. Zwischen zwei Tagungen oder Wahlperioden fuehren Praesident und Stellvertreter der letzten Tagung ihre Geschaeftsfort.

Art. 28. Der Praesident uebt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude aus. Ihm untersteht die Hausverwaltung; er verfuegt ueber die Einnahmen und Ausgaben des Hauses nach Massgabe des Reichshaushalts und vertritt das Reich in allen Rechtsgeschaeften und Rechtsstreitigkeiten seiner Verwaltung.

Art. 29. Der Reichstag verhandelt oeffentlich. Auf Antrag von fuenfzehn Mitgliedern kann mit Zweidrittelmehrheit die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Art. 30. Wahrheitsgetraue Berichte ueber die Verhandlungen in den oeffentlichen Sitzungen des Reichstags, eines Landtags oder ihrer Ausschuesse bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Art. 31. Bei dem Reichstag wird ein Wahlpruefungsgericht gebildet. Es entscheidet auch ueber die Frage, ob ein Abgeordneter die Mitgliedschaft verloren hat.

Das Wahlpruefungsgericht besteht aus Mitgliedern des Reichstags, die dieser fuer die Wahlperiode waeht, und aus Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts, die der Reichspraesident auf Vorschlag des Praesidiums dieses Gerichts bestellt.

Das Wahlpruefungsgericht erkennt auf Grund oeffentlicher muenstlicher Verhandlung durch drei Mitglieder des Reichstags und zwei richterliche Mitglieder.

Ausserhalb der Verhandlungen vor dem Wahlpruefungsgerichte wird das Verfehren von einem Reichsbeauftragten gefuehrt, den der Reichspraesident ernannt. Im uebrigen wird das Verfehren von dem Wahlpruefungsgerichte geregelt.

Art. 32. Zu einem Beschluss des Reichstags ist einfache Stimmenmehrheit erforderlich, sofern die Verfassung kein anderes Stimmenverhaeltnis vorschreibt. Fuer die vom Reichstag vorzunehmenden Wahlen kann die Geschaeftsordnung Ausnahmen zulassen.

Die Beschlussfaehigkeit wird durch die Geschaeftsordnung geregelt.

Art. 33. Der Reichstag und seine Ausschuesse koennen die Anwesenheit des Reichskanzlers und jedes Reichsministers verlangen.

Der Reichskanzler, die Reichsminister und die von ihnen bestellten Beauftragten haben zu den Sitzungen des Reichstags und seiner Ausschuesse Zutritt. Die Laender sind berechtigt, in diese Sitzungen Bevollmaechtigte zu entsenden, die den Standpunkt ihrer Regierung zu dem Gegenstande der Verhandlung darlegen.

Auf ihr Verlangen muessen die Regierungsvertreter waehrend der Beratung, die Vertreter der Reichsregierung auch ausserhalb der Tagesordnung gehoert werden.



Sie unterstützen der Ordnungsgewalt des Vorsitzenden.

Art. 34. Der Reichstag hat das Recht und auf Antrag von einem Fuenftel seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschuesse einzusetzen. Diese Ausschuesse erheben in oeffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder der Antragsteller fuer erforderlich erachten. Die Oeffentlichkeit kann vom Untersuchungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden. Die Geschaeftsordnung regelt das Verfahren des Ausschusses und bestimmt die Zahl seiner Mitglieder.

Die Gerichte und Verwaltungsbehoerden sind verpflichtet dem Ersuchen dieser Ausschuesse um Beweiserhebungen Folge zu leisten. Die Akten der Behoerden sind ihnen auf Verlangen vorzulegen.

Auf diese Erhebungen der Ausschuesse und der von ihnen ersuchten Behoerden finden die Vorschriften der Strafprozessordnung sinngemaesse Anwendung, doch bleibt das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis unberuehrt.

Art. 35. Der Reichstag bestellt einen staendigen Ausschuss fuer auswaertige Angelegenheiten, der auch ausserhalb der Tagung des Reichstages und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Aufloesung des Reichstags bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags taetig werden kann. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht oeffentlich, wenn nicht der Ausschuss mit Zweidrittelmehrheit die Oeffentlichkeit beschliesst.

Der Reichstag bestellt ferner zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenueber der Reichsregierung fuer die Zeit ausserhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode einen staendigen Ausschuss.

Diese Ausschuesse haben die Rechte von Untersuchungsausschuesen.

Art. 36. Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausuebung seines Berufs gethanen Aeusserungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst ausserhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Art. 37. Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags kann ohne Genehmigung des Hauses, dem der Abgeordnete angehoeert, waehrend der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, dass das Mitglied bei Ausuebung der Tat oder spaetestens im Laufe des folgenden Tages festgenommen ist.

Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Beschraenkung der persoenlichen Freiheit erforderlich, die die Ausuebung des Abgeordnetenberufes beeintraechtigt.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags und jede Haft oder sonstige Beschraenkung seiner persoenlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem der Abgeordnete angehoeert, fuer die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Art. 38. Die Mitglieder des Reichstags und der Landtage sind berechtigt



ueber Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertrauen, oder denen sie in Ausübung ihres Abgeordnetenberufs solche anvertraut haben, sowie ueber diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Auch in Beziehung auf Beschlagnahme von Schriftstuecken stehen sie den Personen gleich, die ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsgesetz haben.

Eine Durchsuchung oder Beschlagnahme darf in den Racumen des Reichstags oder eines Landtags nur mit Zustimmung des Praesidenten vorgenommen werden.

Art. 39. Beamte und Angehoerige der Wehrmacht beduerfen zur Ausuebung ihres Amtes als Mitglieder des Reichstags oder eines Landtags keines Urlaubs.

Bewerben sie sich um einen Sitz in diesen Koerperschaften, so ist ihnen der zur Vorbereitung ihrer Wahl erforderliche Urlaub zu gewaehren.

Art. 40. Die Mitglieder des Reichstags erhalten das Recht zur freien Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen sowie Entschaedigung nach Massgabe eines Reichsgesetzes.

Art. 40a. Die Vorschriften der Artikel 36, 37, 38 Abs. 1 und 39 Abs. 1 gelten fuer den Praesidenten des Reichstags, seine Stellvertreter und die staendigen und ersten stellvertretenden Mitglieder der im Artikel 35 bezeichneten Ausschuesse auch fuer die Zeit zwischen zwei Tagungen (Sitzungsperioden) oder Wahlperioden des Reichstags.

Das gleiche gilt fuer den Praesidenten eines Landtags, seine Stellvertreter und die staendigen und ersten stellvertretenden Mitglieder von Ausschuessen eines Landtags, wenn sie nach der Landesverfassung ausserhalb der Tagung (Sitzungsperiode) oder Wahlperiode taetig werden koennen.

Soweit Artikel 37 eine Mitwirkung des Reichstags oder eines Landtags vorsieht, tritt der Ausschuss zur Wehrung der Rechte der Volksvertretung an die Stelle des Reichstags und, falls Ausschuesse des Landtags fortbestehen, der vom Landtag bestimmte Ausschuss an die Stelle des Landtags.

Die im Abs. 1 bezeichneten Personen haben zwischen zwei Wahlperioden die im Art. 40 bezeichneten Rechte.

### Dritter Abschnitt: Der Reichspraesident und die Reichsregierung.

Art. 41. Der Reichspraesident wird vom ganzen deutschen Volke gewaehlt.

Wahlbar ist jeder Deutsche, der das fuenfunddreissigste Lebensjahr vollendet hat.

Das Naehere bestimmt ein Reichsgesetz.

Art. 42. Der Reichspraesident leistet bei der Uebernahme seines Amtes vor dem Reichstag folgenden Eid:



Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reichs wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulaessig.

Art. 43. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre.

Wiederwahl ist zulaessig.

Vor Ablauf der Frist kann der Reichspräsident auf Antrag des Reichstags durch Volksabstimmung abgesetzt werden.

Der Beschluss des Reichstags erfordert Zweidrittelmehrheit.

Durch den Beschluss ist der Reichspräsident an der ferneren Ausübung seines Amtes verhindert. Die Ablehnung der Absetzung durch die Volksabstimmung gilt als neue Wahl und hat die Auflösung des Reichstags zur Folge.

Der Reichspräsident kann ohne Zustimmung des Reichstags nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Art. 44. Der Reichspräsident kann nicht zugleich Mitglied des Reichstags sein.

Art. 45. Der Reichspräsident vertritt das Reich voelkerrechtlich.

Er schliesst im Namen des Reichs Buendnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er beglaubigt und empfaengt die Gesandten.

Kriegserklaerung und Friedensschluss erfolgen durch Reichsgesetz.

Buendnisse und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstaende der Reichsgesetzgebung beziehen, beduerfen der Zustimmung des Reichstags.

Art. 46. Der Reichspräsident ernennt und entlaesst die Reichsbeamten und die Offiziere soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Behoerden ausüben lassen.

Art. 47. Der Reichspräsident hat den Oberbefehl ueber die gesamte Wehrmacht des Reichs.

Art. 48. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfuehlt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die oeffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestoert oder gefaehrdet wird, die zur Wiederherstellung der oeffentlichen Sicherheit und Ordnung noetigen Massnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er voruebergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil ausser Kraft setzen.

Von allen gemass Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Massnahmen hat der Reichspräsident unverzueglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Massnahmen sind auf Verlangen des Reichstags ausser Kraft zu setzen.



Das Nachere bestimmt ein Reichsgesetz.

Art. 49 Der Reichspräsident uebt fuer das Reich das Begnadigungsrecht aus.

Reichsamnestien beduerfen eines Reichsgesetzes.

Art. 50 Alle Anordnungen und Verfuegungen des Reichspräsidenten, auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, beduerfen zu ihrer Gueltigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zustaeudigen Reichsminister. Durch die Gegenzeichnung wird die Verantwortung uebernommen.

Art. 51 Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung zunaechst durch den Reichskanzler vertreten. Dauert die Verhinderung voraussichtlich laengere Zeit, so ist die Vertretung durch ein Reichsgesetz zu regeln.

Das gleiche gilt fuer den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Praesidentenschaft bis zur Durchfuehrung der neuen Wahl.

Art. 52 Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und den Reichsministern.

Art. 53 Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.

Art. 54 Der Reichskanzler und die Reichsminister beduerfen zu ihrer Amtsfuehrung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muss zuruecktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdruecklichen Beschluss sein Vertrauen entzieht.

Art. 55 Der Reichskanzler fuehrt den Vorsitz in der Reichsregierung und leitet ihre Geschaeftte nach der Geschaeftsordnung, die von der Reichsregierung beschlossen und vom Reichspräsidenten genehmigt wird.

Art. 56 Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und traegt dafuer gegenueber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschaeftszweig selbstaendig und unter eigener Verantwortung gegenueber dem Reichstag.

Art. 57 Die Reichsminister haben der Reichsregierung alle Gesetzentwurfe, ferner Angelegenheiten, fuer welche Verfassung oder Gesetz dieses verschreiben, sowie Meinungsverschiedenheiten ueber Fragen, die den Geschaeftsbereich betreffen oder mehrere Reichsminister beruehren, zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten.

Art. 58 Die Reichsregierung fasst ihre Beschluesse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Art. 59 Der Reichstag ist berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof fuer das Deutsche Reich anzuklagen, dass sie schuldhafterweise die Reichsverfassung oder ein Reichsgesetz verletzt haben. Der Antrag auf Erhebung der Anklage muss von mindestens hundert Mitgliedern des Reichstags unterzeichnet sein und bedarf der Zustimmung der fuer Verfassungsaenderungen vorgeschriebenen Mehrheit. Das Nachere regelt das Reichsgesetz ueber den Staatsgerichtshof.

Art. 60 Zur Vertretung der deutschen Laender bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs wird ein Reichsrat gebildet.

Art. 61 Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den groesseren Laendern entfaellt auf 700 000 Einwohner eine Stimme. Ein Ueberschuss von mindestens 350 000 Einwohnern wird 700 000 gleichgerechnet. Kein Land darf durch mehr als zwei Fuenftel aller Stimmen vertreten sein.

Deutschoeesterreich erhaelt nach seinem Anschluss an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seine Be-



veklarung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Oesterreichs beratende Stimme.

Die Stimmenzahl wird durch den Reichsrat nach jeder allgemeine Volkszaehlung neu festgesetzt.

Art. 62. In den Ausschuessen, die der Reichsrat aus seiner Mitte bildet, fuehrt kein Land mehr als eine Stimme.

Art. 63. Die Laender werden im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten. Jedoch wird die Haelfte der preussischen Stimmen nach Massgabe eines Landesgesetzes von den preussischen Provinzialverwaltungen bestellt.

Die Laender sind berechtigt, so viele Vertreter in den Reichsrat zu entsenden, wie sie Stimmen fuehren.

Art. 64. Die Reichsregierung muss den Reichsrat auf Verlangen von einem Drittel seiner Mitglieder einberufen.

Art. 65. Den Vorsitz im Reichsrat und in seinen Ausschuessen fuehrt ein Mitglied der Reichsregierung. Die Mitglieder der Reichsregierung haben das Recht und auf Verlangen die Pflicht, an den Verhandlungen des Reichsrats und seiner Ausschuesse teilzunehmen. Sie muessen waehrend der Beratungen auf Verlangen jederzeit gehoert werden.

Art. 66. Die Reichsregierung sowie jedes Mitglied des Reichsrats sind befugt, im Reichsrat Antraege zu stellen.

Der Reichsrat regelt seinen Geschaeftsgang durch eine Geschaeftsordnung.

Die Vollsitzungen des Reichsrats sind oeffentlich. Nach Massgabe der Geschaeftsordnung kann die Oeffentlichkeit fuer einzelne Beratungsgegenstaende ausgeschlossen werden. Bei der Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit der Abstimmenden.

Art. 67. Der Reichsrat ist von den Reichsministerien ueber die Fuehrung der Reichsgeschaefte auf dem Laufenden zu halten. Zu Beratung ueber wichtige Gegenstaende sollen von den Reichsministerien die zustaeendigen Ausschuesse des Reichsrats zugezogen werden.

Art. 68. Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstags eingebracht. Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.

Art. 69. Die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat nicht zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats darzulegen.

Beschliesst der Reichsrat eine Gesetzvorlage, welche die Reichsregierung nicht zustimmt, so hat diese die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen.

Art. 70. Der Reichspraesident hat die verfassungsmaessig zustande gekommenen Gesetze auszufertigen und binnen Monatsfrist im Reichs-Gesetzblatt zu verkuennden.



Art. 71. Reichsgesetze treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem vierzehnten Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das Reichsgesetzblatt in der Reichshauptstadt ausgegeben worden ist.

Art. 72. Die Verkuendung eines Reichsgesetzes ist um zwei Monate auszusetzen, wenn es ein Drittel des Reichstags verlangt. Gesetze, die der Reichstag und der Reichsrat fuer dringlich erklaren, kann der Reichspraesident ungeachtet dieses Verlangens verkuenden.

Art. 73. Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkuendung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspraesident binnen eines Monats es bestimmt. Ein Gesetz, dessen Verkuendung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt. Ein Volksentscheid ist ferner herbeizufuehren, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfes stellt. Dem Volksbegehren muss ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Reichsregierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unveraendert angenommen worden ist.

Ueber den Haushaltplan, ueber Abgabengesetze und Besoldungsverordnungen kann nur der Reichspraesident einen Volksentscheid veranlassen.

Das Verfahren beim Volksentscheid und beim Volksbegehren regelt ein Reichsgesetz.

Art. 74. Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu.

Der Einspruch muss innerhalb zweier Wochen nach der Schlussabstimmung im Reichstag bei der Reichsregierung eingebracht und spaetestens binnen zwei weiteren Wochen mit Gruenden versehen werden.

Im Falle des Einspruchs wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlussfassung vorgelegt. Kommt hierbei keine Uebereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspraesident binnen drei Monaten ueber den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit einen Volksentscheid anordnen. Macht der Praesident von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustandegekommen. Hat der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats beschlossen, so hat der Praesident das Gesetz binnen drei Monaten in der vom Reichsrat beschlossenen Fassung zu verkuenden oder einen Volksentscheid anzuordnen.

Art. 75. Durch den Volksentscheid kann ein Beschluss des Reichstags nur dann ausser Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.

Art. 76. Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung geaendert werden. Jedoch kommen Beschluesse des Reichstags auf Abaenderung der Verfassung nur zustande, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Auch Beschluesse des Reichsrats auf Abaenderung der Verfassung beduerfen einer Mehrheit von zwei



Dritteln der abgegebenen Stimmen. Soll auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden, so ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich.

Hat der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrats eine Verfassungsänderung beschlossen, so darf der Reichspräsident dieses Gesetz nicht verkünden, wenn der Reichsrat binnen zwei Wochen den Volksentscheid verlangt.

Art. 77. Die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erlässt, soweit die Gesetze nicht anders bestimmen, die Reichsregierung. Sie bedarf dazu der Zustimmung des Reichsrats, wenn die Ausführung der Reichsgesetze den Landesbehörden zusteht.

Art. 78. Die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ist ausschliesslich Sache des Reichs. In Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, können die Länder mit auswärtigen Staaten Verträge schliessen; die Verträge bedürfen der Zustimmung des Reichs.

Vereinbarungen mit fremden Staaten über Veränderungen der Reichsgrenzen werden nach Zustimmung des beteiligten Landes durch das Reich abgeschlossen. Die Grenzveränderungen dürfen nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen, soweit es sich nicht um blosse Berichtigung der Grenzen unbewohnter Gebietsteile handelt.

Um die Vertretung der Interessen zu gewährleisten, die sich für einzelne Länder aus ihren besonderen wirtschaftlichen Beziehungen oder ihrer benachbarten Lage zu auswärtigen Staaten ergeben, trifft das Reich im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern die erforderlichen Einrichtungen und Massnahmen.

Art. 79. Die Verteidigung des Reichs ist Reichssache. Die Wehrverfassung des deutschen Volkes wird unter Berücksichtigung der besonderen landmannschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt.

Art. 80. Das Kolonialwesen ist ausschliesslich Sache des Reichs.

Art. 81. Alle deutschen Kauffahrteischiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte.

Art. 82. Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze.

Die Zollgrenze fällt mit der Grenze gegen das Ausland zusammen. An der See bildet das Gestade des Festlandes und der zum Reichsgebiet gehörigen Inseln die Zollgrenze. Für den Lauf der Zollgrenze an der See und an anderen Gewässern können Abweichungen bestimmt werden.

Fremde Staatsgebiete oder Gebietsteile können durch Staatsverträge oder Übereinkommen dem Zollgebiet angeschlossen werden.

Aus dem Zollgebiet können nach besonderen Erfordernis Teile ausgeschlossen werden. Für Freihäfen kann der Ausschluss nur durch ein verfassungsänderndes Gesetz aufgehoben werden.

Zollausschlüsse können durch Staatsverträge oder Übereinkommen einem fremden Zollgebiet angeschlossen werden.



Alle Erzeugnisse der Natur sowie des Gewerbe- und Kunstflusses, die sich im freien Verkehre des Reichs befinden, duerfen ueber die Grenze der Laender und Gemeinden ein-, aus- oder durchgefuehrt werden. Ausnahmen sind auf Grund eines Reichsgesetzes zulaessig.

Art. 83. Die Zoelle und Verbrauchssteuern werden durch Reichsbehoerden verwaltet.

Bei der Verwaltung von Reichsabgaben durch Reichsbehoerden sind Einrichtungen vorzusehen, die den Laendern die Wahrung besonderer Landesinteressen auf dem Gebiete der Landwirtschaft des Handels, des Gewerbes und der Industrie ermoeeglichen.

Art. 84. Das Reich trifft durch Gesetz die Vorschriften ueber: 1. die Einrichtung der Abgabenverwaltung der Laender, soweit es die einheitliche und gleichmaessige Durchfuehrung der Reichsabgabengesetze erfordert; 2. die Einrichtung und Befugnisse der mit der Beaufsichtigung der Ausfuehrung der Reichsabgabengesetze betrauten Behoerden; 3. die Abrechnung mit den Laendern 4. die Verguetung von Verwaltungskosten bei Ausfuehrung der Reichsabgabengesetze.

Art. 85. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs muessen fuer jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushalt plan eingestellt werden.

Der Haushalt plan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch ein Gesetz festgestellt.

Die Ausgaben werden in der Regel fuer ein Jahr bewilligt; sie koennen in besonderen Faellen auch fuer eine laengere Dauer bewilligt werden. Im uebrigen sind Vorschriften im Reichshaushaltsgesetz unzulaessig, die ueber das Rechnungsjahr hinausreichen oder sich nicht auf die Einnahmen und Ausgaben des Reichs und ihre Verwaltung beziehen.

Der Reichstag kann im Entwurfe des Haushaltplans ohne Zustimmung des Reichsrats Ausgaben nicht erhoehen oder neu einschle-

Die Zustimmung des Reichsrats kann gemaess den Vorschriften des Art. 74 ersetzt werden.

Art. 86. Ueber die Verwendung aller Reichseinnahmen legt der Reichsfinanzminister in dem folgenden Rechnungsjahre zur Entlastung der Reichsregierung dem Reichsrat und dem Reichstag Rechnung. Die Rechnungspruefung wird durch Reichsgesetz geregelt.

Art. 87. Im Wege des Kredits duerfen Geldmittel nur bei ausserordentlichem Bedarf und in der Regel nur fuer Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Uebernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Reichs duerfen nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen.

Art. 88. Das Post- und Telegraphenwesen samt dem Fernsprechwesen ist ausschliesslich Sache des Reichs.

Die Postwertzeichen sind fuer das ganze Reich einheitlich.

(Die Reichsregierung erlaesst mit Zustimmung des Reichsrats die Verordnungen, welche Grundsaeetze und Gebuehren fuer die



Benutzung der Verkehrseinrichtungen festsetzen. Sie kann dieses Befugnis mit Zustimmung des Reichsrats auf den Reichspostminister uebertragen.

Zur beratenden Mitwirkung in Angelegenheiten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs und der Tarife errichtet die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats einen Beirat.)

Vertraege ueber den Verkehr mit dem Ausland schliesst allein das Reich.

Art. 89. Aufgabe des Reichs ist es, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu uebernehmen und als einheitliche Verkehrsanstalt zu verwalten.

Die Rechte der Laender, Privateisenbahnen zu erwerben, sind auf Verlangen dem Reiche zu uebertragen.

Art. 90. Mit dem Uebergang der Eisenbahnen uebernimmt das Reich die Enteignungsbefugnis und die staatlichen Hoheitsrechte, die sich auf das Eisenbahnwesen beziehen. Ueber den Umfang dieser Rechte entscheidet im Streitfall der Staatsgerichtshof.

Art. 91. Die Reichsregierung erlaesst mit Zustimmung des Reichsrats die Verordnungen, die den Bau, den Betrieb und den Verkehr der Eisenbahnen regeln. Sie kann diese Befugnis mit Zustimmung des Reichsrats auf den zustaeendigen Reichsminister uebertragen.

Art. 92. Die Reichseisenbahnen sind, ungeachtet der Eingliederung ihres Haushalts und ihrer Rechnung in den allgemeinen Haushalt und die allgemeine Rechnung des Reichs, als ein selbstaendiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten, das seine Ausgaben einschliesslich Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld selbst zu bestreiten und eine Eisenbahnruuecklage anzusammeln hat. Die Hoehe der Tilgung und der Ruecklage sowie die Verwendungszwecke der Ruecklage sind durch besonderes Gesetz zu regeln.

Art. 93. Zur beratenden Mitwirkung in Angelegenheiten des Eisenbahnverkehrs und der Tarife errichtet die Reichsregierung fuer die Reichseisenbahnen mit Zustimmung des Reichsrats Beiraehte.

Art. 94. Hat das Reich die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen eines bestimmten Gebiets in seine Verwaltung uebernommen, so koennen innerhalb dieses Gebiets neue, dem allgemeinen Verkehr dienende Eisenbahnen nur vom Reiche oder mit seiner Zustimmung gebaut werden. Beruehrt der Bau neuer oder die Veraenderung bestehender Reichseisenbahnanlagen den Geschaeftsbereich der Landespolizei, so hat die Reichseisenbahnverwaltung vor der Entscheidung die Landesbehoerden anzuhoeren.

Wo das Reich die Eisenbahnen noch nicht in seine Verwaltung uebernommen hat, kann es fuer den allgemeinen Verkehr oder die Landesverteidigung als notwendig erachtete Eisenbahnen kraft Reichsgesetzes auch gegen den Widerspruch der Laender deren Gebiet durchschnitten wird, jedoch unbeschadet der Landeshoheitsrechte, fuer eigene Rechnung anlegen oder dem Bau einem anderen zur Ausfuehrung ueberlassen, noetigenfalls unter Verleihung des Enteignungsrechts.



Jede Eisenbahnverwaltung muss sich den Anschluss anderer Bahnen auf deren Kosten gefallen lassen.

Art. 95. Eisenbahnen des allgemeinen Verkehrs, die nicht vom Reiche verwaltet werden, unterliegen der Beaufsichtigung durch das Reich.

Die der Reichsaufsicht unterliegenden Eisenbahnen sind nach den gleichen vom Reiche festgesetzten Grundsätzen anzulegen und auszurüsten. Sie sind in betriebs sicherem Zustand zu erhalten und entsprechend den Anforderungen des Verkehrs auszubauen. Personen- und Güterverkehr sind in Uebereinstimmung mit dem Beduerfnis zu bedienen und auszugestalten.

Bei der Beaufsichtigung des Tarifwesens ist auf gleichmaessige und niedrige Eisenbahntarife hinzuwirken.

Art. 96. Alle Eisenbahnen, auch die nicht dem allgemeinen Verkehre dienenden, haben den Anforderungen des Reichs auf Benutzung der Eisenbahnen zum Zwecke der Landesverteidigung Folge zu leisten.

Art. 97. Aufgabe des Reichs ist es, die dem allgemeinen Verkehre dienenden Wasserstrassen in sein Eigentum und seine Verwaltung zu uebernehmen.

Nach der Uebernahme koennen dem allgemeinen Verkehre dienende Wasserstrassen nur noch vom Reiche oder mit seiner Zustimmung angelegt oder ausgebaut werden.

Bei der Verwaltung, dem Ausbau und dem Neubau von Wasserstrassen sind die Beduerfnisse der Landeskultur und der Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit den Laendern zu waehren. Auch ist auf deren Foerderung Ruecksicht zu nehmen.

Jede Wasserstrassenverwaltung hat sich den Anschluss anderer Binnenwasserstrassen auf Kosten der Unternehmer gefallen zu lassen. Die gleiche Verpflichtung besteht fuer die Herstellung einer Verbindung zwischen Binnenwasserstrassen und Eisenbahnen.

Mit dem Uebergange der Wasserstrassen erhaelt das Reich die Enteignungsbefugnis, die Tarifhoheit sowie die Strom- und Schifffahrtspolizei.

Die Aufgaben der Strombauverwaltung-(verbaende) in Bezug auf den Ausbau natuerlicher Wasserstrassen im Rhein-, Weser- und Elbgebiet sind auf das Reich zu uebernehmen.

Art. 98. Zur Mitwirkung in Angelegenheiten der Wasserstrassen werden bei den Reichswasserstrassen nach naeherer Anordnung der Reichsregierung unter Zustimmung des Reichsrats Beiraeete gebildet.

Art. 99. Auf natuerlichen Wasserstrassen duerfen Abgaben nur fuer solche Werke, Einrichtungen und sonstige Anstalten erhoben werden, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Sie duerfen bei staatlichen und kommunalen Anstalten die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht uebersteigen. Die Herstellungs- und Unterhaltungskosten fuer Anstalten, die nicht ausschliesslich zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Foerderung anderer Zwecke bestimmt sind, duerfen nur zu einem verhaeltnismaessigen Anteil durch Schifffahrtsabgaben aufgebracht werden. Als Herstellungskosten gelten die Zinsen und Tilgungsbetraege fuer die aufgewandten Mittel.



Die Vorschriften über den Handel mit dem Absatzes finden Anwendung auf die Abgabe der für künstliche Wasserstrassen sowie für Anstalten an solchen und in Häfen erhoben werden.

Im Bereiche der Binnenschifffahrt können für die Bemessung der Befahrungsabgaben die Gesamtkosten einer Wasserstrasse, eines Stromgebiets oder eines Wasserstrassennetzes zugrunde gelegt werden.

Diese Bestimmungen gelten auch für die Floesserei auf schiffbaren Wasserstrassen.

Auf fremde Schiffe und deren Ladungen andere oder höhere Abgaben zu legen als auf deutsche Schiffe und deren Ladungen, steht nur dem Reiche zu.

Zur Beschaffung von Mitteln für die Unterhaltung und den Ausbau des deutschen Wasserstrassennetzes kann das Reich die Schifffahrtsbeteiligten auch auf andere Weise durch Gesetz zu Beitragen heranziehen.

Art. 100. Zur Deckung der Kosten für Unterhaltung und Bau von Binnenschifffahrtswegen kann durch ein Reichsgesetz auch herangezogen werden, wer aus dem Bau von Talsperren in anderer Weise als durch Befahrung Nutzen zieht, sofern mehrere Länder beteiligt sind oder das Reich die Kosten der Anlage trägt.

Art. 101. Aufgabe des Reichs ist es, alle Seezeichen, insbesondere Leuchfeuer, Feuerschiffe, Bojen, Tonnen und Baken in sein Eigentum und seine Verwaltung zu übernehmen. Nach der Übernahme können Seezeichen nur noch vom Reiche oder mit seiner Zustimmung hergestellt oder ausgebaut werden.

Art. 102. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Art. 103. Die ordentliche Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

Art. 104. Die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die Gesetzgebung kann Altersgrenzen festsetzen, bei deren Erreichung Richter in den Ruhestand treten.

Die vorläufige Amtsenthebung, die kraft Gesetzes eintritt, wird hiedurch nicht berührt.

Bei einer Veränderung in der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke kann die Landesjustizverwaltung unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte, jedoch nur unter Belassung des vollen Gehalts, verfügen.

Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Art. 105. Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standgerichte werden hiervon nicht berührt. Die militärischen Ehrengerichte sind aufgehoben.



Art. 106. Die Militaergerichtsbarkeit ist aufzuheben, ausser fuer Kriegzeiten und an Bord der Kriegsschiffe. Das Naechere regelt ein Reichsgesetz.

Art. 107. Im Reiche und in den Laendern muessen nach Massgabe der Gesetze Verwaltungsgerichte zum Schutze der einzelnen gegen Ordnungen und Verfuigungen der Verwaltungsbehoerden bestehen.

Art. 108. Nach Massgabe eines Reichsgesetzes wird ein Staatsgerichtshof fuer das Deutsche Reich errichtet.

Zweiter Hauptteil:      Grundrechte und Grundpflichten der  
Deutschen

Erster Abschnitt:      Die Einzelpersonen

Art. 109. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.

Maenner und Frauen haben grundsaeztlich dieselben staatsbuerglichen Rechte und Pflichten.

Oeffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und duerfen nicht mehr verliehen werden.

Titel duerfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen.

Orden und Ehrenzeichen duerfen vom Staat nicht verliehen werden.

Kein Deutscher darf von einer auslaendischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Art. 110. Die Staatsangehoerigkeit im Reiche und in den Laendern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehoerige eines Landes ist zugleich Reichsbuerglicher.

Jeder Deutsche hat in jedem Lande des Reichs die gleichen Rechte und Pflichten wie die Angehoerigen des Landes selbst.

Art. 111. Alle Deutschen geniessen Freizuegigkeit im ganzen Reiche. Jeder hat das Recht, sich an beliebigem Orte des Reichs aufzuhalten und niederzulassen, Grundstuecke zu erwerben und jeden Nahrungszweig zu betreiben. Einschränkungen beduerfen eines Reichsgesetzes.

Art. 112. Jeder Deutsche ist berechtigt, nach ausserdeutschen Laendern auszuwandern. Die Auswanderung kann nur durch Reichsgesetz beschränkt werden.

Dem Ausland gegenueber haben alle Reichsbuerglichen inner- und ausserhalb des Reichsgebiets Anspruch auf den Schutz des Reichs.

Kein Deutscher darf einer auslaendischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung ueberliefert werden.



Art. 113. Die fremdsprachigen Volksteile des Reichs duerfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstuemlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeintraehtigt werden.

Art. 114. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeintraechtigung oder Entziehung der personlichen Freiheit durch die oeffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulassig.

Personen, denen die Freiheit entzogen wird, sind spaetestens am darauffolgenden Tage in Kenntnis zu setzen, von welcher Behoerde und aus welchen Gruenden die Entziehung der Freiheit angeordnet ist; unverzueglich soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, Einwendungen gegen ihre Freiheitsentziehung vorzubringen.

Art. 115. Die Wohnung jedes Deutschen ist fuer ihn eine Freistatette und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulassig.

Art. 116. Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.

Art. 117. Das Briefgeheimnis, sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen koennen nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.

Art. 118. Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu aeußern. In diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Installationsverhaeltnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Eine Zensur findet nicht statt, doch koennen fuer Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekaempfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei oeffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Massnahmen zulassig.

## Zweiter Abschnitt:            Das Gemeinschaftsleben

Art. 119. Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Diese beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Die Erhaltung, Gesundung und soziale Foerderung der Familie ist Aufgabe des Staats und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fuersorge.

Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fuersorge des Staats.

Art. 120. Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Taetigkeit ist oberste Pflicht und natuerliches Recht der Eltern, ueber deren Betaetigung die staatliche Gemeinschaft wacht.



Art. 121. Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen fuer ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Art. 122. Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistig- oder koerperliche Verwahrlosung zu schuetzen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Fuersorgemassregeln im Wege des Zwanges koennen nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.

Art. 123. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Versammlungen unter freiem Himmel koennen durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr fuer die oeffentliche Sicherheit verboten werden.

Art. 124. Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmassregeln beschaenkt werden. Fuer religioese Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

Der Erwerb der Rechtsfaehigkeit steht jedem Verein gemass der Vorschriften des buergerlichen Rechts frei. Er darf einem Vereine nicht aus dem Grunde versagt werden, dass er einen politischen, sozialpolitischen oder religioesen Zweck verfolgt.

Art. 125. Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewaehrleistet. Das Nachher bestimmen die Wahlgesetze.

Art. 126. Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zustaeendige Behoerde oder an die Volksvertretung zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeuebt werden.

Art. 127. Gemeinden und Gemeindeverbaende haben das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken der Gesetze.

Art. 128. Alle Staatsbuerger ohne Unterschied sind nach Massgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befaeigung und ihren Leistungen zu den oeffentlichen Aemtern zuzulassen.

Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Die Grundlagen des Beamtenverhaeltnisses sind durch Reichsgesetz zu regeln.

Art. 129. Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Die wohlverworbene Rechte der Beamten sind unverletzlich. Fuer die vermögensrechtlichen Ansprueche der Beamten steht der Rechtsweg offen.

Die Beamten koennen nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorlaeufig ihres Amtes enthoben, einstweilig oder endgueltig in den Ruhestand oder in ein anderes



Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden.

Gegen jedes dienstliche Straferkenntnis muss ein Beschwerde-  
weg und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens er-  
öffnet sein. In die Nachweise ueber die Person des Beamten  
sind Eintragungen von ihm unguenstigen Tatsachen erst vorzu-  
nehmen, wenn dem Beamten Gelegenheit gegeben war, sich ueber  
sich zu aeussern. Dem Beamten ist Einsicht in seine Personal-  
nachweise zu gewahren.

Die Unverletzlichkeit der wohlerworbenen Rechte und die Offen-  
haltung des Rechtswegs fuer die vermögensrechtlichen An-  
sprueche werden besonders auch den Berufssoldaten gewahr-  
leistet. Im uebrigen wird ihre Stellung durch Reichsgesetz ge-  
regelt.

Art. 130. Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei,.

Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung  
und die Vereinigungsfreiheit gewahrleistet.

Die Beamten erhalten nach naeherer reichsgesetzlicher Bestim-  
mung besondere Beamtenvertretungen.

Art. 131. Verletzt ein Beamter in Ausubung der ihm anvertrauten oeffent-  
lichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenueber obliegende Amt-  
pflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsatzlich den  
Staat oder die Koerperschaft, in deren Dienste der Beamte  
steht. Der Rueckgriff gegen den Beamten bleibt vorbehalten.  
Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden.

Die naechere Regelung liegt der zustandigen Gesetzgebung ob.

Art. 132. Jeder Deutsche hat nach Massgabe der Gesetze die Pflicht zur  
Uebernahme ehrenamtlicher Taetigkeiten.

Art. 133. Alle Staatsbuenger sind verpflichtet, nach Massgabe der Ge-  
setze persoenliche Dienste fuer den Staat und die Gemeinde  
zu leisten.

Die Wehrpflicht richtet sich nach den Bestimmungen des Reichs-  
wehrgesetzes. Dieses bestimmt auch, wieweit fuer Angehoerige  
der Wehrmacht zur Erfuellung ihrer Aufgaben und zur Erhaltung  
der Mannszucht einzelne Grundrechte einzuschrænken sind.

Art. 134. Alle Staatsbuenger ohne Unterschied tragen im Verhaeltnis  
ihrer Mittel zu allen oeffentlichen Lasten nach Massgabe der  
Gesetze bei.

### Dritter Abschnitt: Religion und Religionsgesellschaften.

Art. 135. Alle Bewohner des Reichs geniessen volle Glaubens- und Gewis-  
sensfreiheit. Die ungestoerte Religionsausubung wird durch  
die Verfassung gewahrleistet und steht unter staatlichem  
Schutz. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unbe-  
ruhrt.

Art. 136. Die buergerlichen und staatsbuengerlichen Rechte und Pflich-  
ten werden durch die Ausubung der Religionsfreiheit weder  
bedingt noch beschrænkt.



Der Genuss buergerlicher und staatsbuergerlicher Rechte sowie die Zulassung zu oeffentlichen Aemtern sind unabhaengig von dem religioesen Bekenntnis.

Niemand ist verpflichtet, seine religioese Ueberzeugung zu offenbaren. Die Behoerden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehoerigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhaengen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.

Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religioesen Uebungen oder zur Benutzung einer religioesen Eidesform gezwungen werden.

Art. 137. Es besteht keine Staatskirche.

Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewahrleistet. Der Zusammenschluss von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschraenkungen.

Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstaendig innerhalb der Schranken des fuer alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der buergerlichen Gemeinde.

Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfuehigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des buergerlichen Rechts.

Die Religionsgesellschaften bleiben Koerperschaften des oeffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Aendern Religionsgesellschaften sich auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewahren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewaehr der Dauer bieten. Schliessen sich mehrere derartige oeffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbands zusammen, so ist auch dieser Verband eine oeffentlich-rechtliche Koerperschaft.

Die Religionsgesellschaften, welche Koerperschaften des oeffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt, auf Grund der buergerlichen Steuerlisten nach Massgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben.

Den Religionsgesellschaften werden die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen.

Soweit die Durchfuehrung dieser Bestimmungen eine weitere Regelung erfordert, liegt diese der Landesgesetzgebung ob.

Art. 138. Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgeloeset. Die Grundsaeetze hierfuer stellt das Reich auf.

Das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften und religioesen Vereine an ihren fuer Kultus-, Unterrichts-, und Wohltatigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermoegen werden gewahrleistet.



Art. 139. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Art. 140. Den Angehörigen der Wehrmacht ist die noetige freie Zeit zur Erfuellung ihrer religioesen Pflichten zu gewaehren.

Art. 141. Soweit das Beduerfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer in Krankenhaeusern, Strafanstalten oder sonstigen oeffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religioeser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist.

Vierter Abschnitt:      Bildung und Schule

Art. 142. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewaehrt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

Art. 143. Fuer die Bildung der Jugend ist durch oeffentliche Anstalten zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Reich, Laender und Gemeinden zusammen.

Die Lehrerbildung ist nach den Grundsuetzen, die fuer die hoehere Bildung allgemein gelten, fuer das Reich einheitlich zu regeln.

Die Lehrer an oeffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten der Staatsbeamten.

Art. 144. Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich taetige, fachmaennisch vorgebildete Beamte ausgeuebt.

Art. 145. Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfuellung dient grundsuetzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschliessende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Der Unterricht und die Lehrmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.

Art. 146. Das oeffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer fuer alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und hoehere Schulwesen auf. Fuer diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, fuer die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern massgebend.

Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeintraechtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist moeglichst zu beruecksichtigen. Das Naechere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsuetzen eines Reichsgesetzes.

Fuer den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und hoeheren Schulen sind durch Reich, Laender und Gemeinden oeffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen.



fuer die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und hoeheren Schulen fuer geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Art.147.Private Schulen als Ersatz fuer oeffentliche Schulen beduerfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihrer Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkraefte nicht hinter den oeffentlichen Schulen zurueckstehen und eine Sonderung der Schueler nach den Besitzverhaeltnissen der Eltern nicht gefordert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkraefte nicht genuegend gesichert ist.

Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn fuer eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Art.146 Abs. 2 zu beruecksichtigen ist, eine oeffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung in der Gemeinde nicht besteht oder die Unterrichtsverwaltung ein besonderes paedagogisches Interesse anerkennt.

Private Vorschulen sind aufzuheben.

Fuer private Schulen, die nicht als Ersatz fuer oeffentliche Schulen dienen, verbleibt es bei dem geltenden Recht.

Art.148.In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbuergerliche Gesinnung, persoenliche und berufliche Tuechtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Voelkerversoehung zu erstreben.

Beim Unterricht in oeffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, dass die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.

Staatsbuergerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfaecher der Schulen. Jeder Schueler erhaelt bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.

Das Volksbildungswesen einschliesslich der Volkshochschulen, soll von Reich, Laendern und Gemeinden gefoerdert werden.

Art.149.Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der Bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsuetzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.

Die Erteilung religioesen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklaerung der Lehrer, die Teilnahme an religioesen Unterrichtsfachern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklaerung desjenigen ueberlassen, der ueber die religioese Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

Die theologischen Fakultaelen an den Hochschulen bleiben erhalten.

Art.150.Die Denkmale der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaft geniessen den Schutz und die Pflege des Staates.

Es ist Sache des Reichs, die Abwanderung deutschen Kunstbesitzes in das Ausland zu verhueten.



Art. 151. Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.

Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst uebertragender Forderungen des Gemeinwohls.

Die Freiheit des Handels und Gewerbes wird nach Massgabe der Reichsgesetze gewährleistet.

Art. 152. Im Wirtschaftsverkehr gilt Vertragsfreiheit nach Massgabe der Gesetze.

Wucher ist verboten. Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstossen, sind nichtig.

Art. 153. Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. Enteignung durch das Reich gegenüber Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbandsen kann nur gegen Entschädigung erfolgen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.

Art. 154. Das Erbrecht wird nach Massgabe des bürgerlichen Gesetzbuches gewährleistet.

Der Anteil des Staates am Erbgut bestimmt sich nach den Gesetzen.

Art. 155. Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Missbrauch verhuetet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Kriegsteilnehmer sind bei dem zu schaffenden Heimstättenrecht besonders zu beruecksichtigen..

Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Foerderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft noetig ist, kann enteignet werden. Die Fideikomnisse sind aufzuloesen.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung auf das Grundstueck entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.



Alle Bodenschaetze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkraefte stehen unter Aufsicht des Staates. Private Regale sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu ueberfuehren.

Art.156. Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschaedigung, in sinngebraesser Anwendung der fuer Enteignung geltenden Bestimmungen, fuer die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum ueberfuehren. Es kann sich selbst, die Laender oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbaende beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmten Einfluss sichern.

Das Reich kann ferner im Falle dringenden Beduerfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbaende auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschliessen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr d. Wirtschaftsgueter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsuetzen zu regeln.

Die Erwerbs- und Wirtsschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen sind auf ihr Verlangen unter Beruecksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinwirtschaft einzugliedern.

Art.157. Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs.

Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht.

Art.158. Die geistige Arbeit, das Recht der Urheber, der Erfinder und der Kuenstler genießt den Schutz und die Fuersorge des Reichs.  
Den Schoepfungen deutscher Wissenschaft, Kunst und Technik ist durch zwischenstaatliche Vereinbarung auch im Ausland Geltung und Schutz zu verschaffen.

Art.159. Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Foerderung der Arbeit und Wirtschaftsbedingungen ist fuer jedermann und fuer alle Berufe gewaehrleistet. Alle Abreden und Massnahmen, welche diese Freiheit einzuschaerken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Art.160. Wer in einem Dienst- oder Arbeitsverhaeltnis als Angestellter oder Arbeiter steht, hat das Recht auf die zur Wahrnehmung staatsbuengerlicher Rechte und, soweit dadurch der Betrieb nicht erheblich geschaedigt wird, zur Ausuebung ihm uebertragener oeffentlicher Ehrenaemter noetige freie Zeit. Wieweit ihm der Anspruch auf Verguetung erhalten bleibt, bestimmt das Gesetz.

Art.161. Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfaehigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwaeche und Wechselfaellen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter massgebender Mitwirkung der Versicherten.



Art.162. Das Reich tritt fuer eine zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhaeltnisse der Arbeiter ein, die fuer die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmass der sozialen Rechte erstrebt.

Art.163. Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persoennlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und koerperlichen Kraefte so zu betaeltigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Jedem Deutschen soll die Moeglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird fuer seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Machere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.

Art.164. Der selbstaendige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu foerdern und gegen Ueberlastung und Aussaugung zu schuetzen.

Art.165. Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kraefte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterraeten sowie in nach Wirtschaftsgebiete gegliederten Bezirksarbeiterraeten und in einem Reichsarbeiter rat.

Die Bezirksarbeiterraete und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfuellung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausfuehrung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsraeten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsraete und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, dass alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwuerfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage und Darlegung ihres Standpunkts beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsraeten koennen auf den ihnen ueberwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse uebertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsraete sowie ihr Verhaeltnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskoerpern zu regeln, ist ausschliesslich Sache des Reichs.

Art.166. Bis zur Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts tritt an seine Stelle fuer die Bildung des Wahlpruefungsgerichts das Reichsgericht.



Art.167. Die Bestimmungen des Art. 13 Abs. 3 bis 6 treten erst zwei Jahre nach Verkundung der Reichsverfassung in Kraft.

Art.168. Bis zum Erlass des im Art. 63 vorgesehenen Landesgesetzes, aber hoechstens bis zum 1. Juli 1921, koennen die saemtlichen preussischen Stimmen im Reichsrat von Mitgliedern der Regierung abgegeben werden.

Art.169. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmung im Art.83 Abs 1 wird durch die Reichsregierung festgesetzt.

Fuer eine angemessene Uebergangszeit kann die Erhebung und Verwaltung der Zoelle und Verbrauchssteuern den Laendern auf ihren Wunsch belassen werden.

Art.170. Die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Wuerttembergs gehen spaetestens am 1. April 1921 auf das Reich ueber.

Soweit bis zum 1. Oktober 1920 noch keine Verstaendigung ueber die Bedingungen der Uebernahme erzielt ist, entscheidet der Staatsgerichtshof.

Bis zur Uebernahme bleiben die bisherigen Rechte und Pflichten Bayerns und Wuerttembergs in Kraft. Der Post- und Telegraphenverkehr mit den Nachbarstaaten des Auslandes wird jedoch ausschliesslich vom Reich geregelt.

Art.171. Die Staatseisenbahnen, Wasserstrassen und Seezeichen gehen spaetestens am 1. April 1921 auf das Reich ueber.

Soweit bis zum 1. Oktober 1920 noch keine Verstaendigung ueber die Bedingungen der Uebernahme erzielt ist, entscheidet der Staatsgerichtshof.

Art.172. Bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes ueber den Staatsgerichtshof uebt seine Befugnis ein Senat von sieben Mitgliedern aus, wovon der Reichstag vier und das Reichsgericht aus seiner Mitte drei waehlt. Sein Verfahren regelt er selbst.

Art.173. Bis zum Erlass eines Reichsgesetzes gemass Art.138 bleiben die bisherigen auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstitel beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften bestehen.

Art.174. Bis zum Erlass des in Art. 146 Abs- 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu beruecksichtigen.

Art.175. Die Bestimmung des Art. 109 findet keine Anwendung auf Orden und Ehrenzeichen, die fuer Verdienste in den Kriegsjahren 1914-1919 verliehen worden sollen.

Art.176. Alle oeffentlichen Beamten und Angehoerigen der Wehrmacht sind auf diese Verfassung zu vereidigen. Das Nachere wird durch Verordnung des Reichspraesidenten bestimmt.

Art.177. Wo in den bestehenden Gesetzen die Eidesleistung unter Benutzung einer religioesen Eidesform vorgesehen ist, kann die



Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen, dass der Schwuerende unter Weglassung der religioesen Eidesform er-  
klaert: "Ich schwore". Im uebrigen bleibt der in den Gesetzen  
vorgesehene Inhalt des Eides unberuehrt.

Art. 178. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 und  
das Gesetz ueber die vorlaeufige Reichsgewalt vom 10. Februar  
1919 sind aufgehoben.

Die uebrigen Gesetze und Verordnungen des Reichs bleiben in  
Kraft, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht. Die  
Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichne-  
ten Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht be-  
ruehrt. Mit Ruecksicht auf die Verhandlungen bei dem Erwerbe  
der Insel Helgoland kann zugunsten ihrer einheimischen Bevuel-  
kerung eine von Art. 17 Abs. 2 abweichende Regelung getroffen  
werden.

Anordnungen der Behoerden, die auf Grund bisheriger Gesetze in  
rechtsgueltiger Weise getroffen wurden, behalten ihre Gueltig-  
keit bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder G-  
setzgebung.

Art. 179. Soweit in Gesetzen oder Verordnungen auf Vorschriften und Ein-  
richtungen verwiesen ist, die durch diese Verfassung aufgehoben  
sind, treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften  
und Einrichtungen dieser Verfassung. Insbesondere treten an  
die Stelle der Nationalversammlung der Reichstag, an die Stelle  
des Staatenausschusses der Reichsrat, an die Stelle des auf  
Grund des Gesetzes ueber die vorlaeufige Reichsgewalt gewaehl-  
ten Reichspraesidenten der auf Grund dieser Verfassung gewaehl-  
te Reichspraesident.

Die nach den bisherigen Vorschriften dem Staatenausschuss zu-  
stehende Befugnis zum Erlass von Verordnungen geht auf die  
Reichsregierung ueber; sie bedarf zum Erlass der Verordnungen  
der Zustimmung des Reichsrates nach Massgabe dieser Verfassung.

Art. 180. Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages gilt die Nationa-  
lversammlung als Reichstag. Bis zum Amtsantritt des ersten Rei-  
chspraesidenten wird sein Amt von dem auf Grund des Gesetzes ueb-  
er die vorlaeufige Reichsgewalt gewaehlten Reichspraesidenten ge-  
fuehrt.

Art. 181. Das deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese  
Verfassung beschlossen und verabschiedet. Sie tritt mit dem  
Tage ihrer Verkuendigung in Kraft.

\*\*\*\*\*

Art. 48 Es ist noch hinzuzufuegen:

\*)

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung fuer ihr Gebiet  
einstweilige Massnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen.  
Die Massnahmen sind auf Verlangen des Reichspraesidenten aus-  
ser Kraft zu setzen.